

Die Invalidenversorgung.

Die Zukunft Deutschsüdtirols und der Zusammenschluß.

Die Nationalversammlung hat heute das Gesetz über die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen angenommen. Es wichtig und dringend diese Frage ist, die Nationalversammlung stand doch vor allem unter dem Eindruck der Wilson-Proklamation über die Grenzen Italiens und in den meisten Reden hallte die Sorge über das Schicksal unserer deutschen Südländer und der Protest gegen die Absicht einer Vergewaltigung deutscher Gebiete wider. Ergreifend erklang die Klage, die der erste Redner Deutschsüdtirols in der konstituierenden Nationalversammlung, Abg. Senatspräsident Dr. Schumacher, um die Gefährdung Deutschsüdtirols erhob und sein Ruf an Wilson und die Pariser Konferenz, die von Wilson verkündigten nationalen Grenzen auch den Deutschen Tirols zu sichern, und in alle Welt erscholl aus seinem Munde neuerdings die Forderung der Tiroler: „Gerechtigkeit!“ Die unbeugsame Entschlossenheit Tirols, seine deutschen Gebiete südlich des Brenner früher oder später zurückzufordern, wenn sie jeht verloren gingen, verkündete namens Tirols Abg. Dr. Mayer und ebenso sprach die allgemeine Unsicherheit über die unklaren Andeutungen der Wilson-Erklärung aus dem Proteste der Kärntner, in deren Namen der christlichsoziale Abg. Chefredakteur Paulitsch gegen eine Unterjochung deutscher Gebiete Kärntens durch Italien oder Jugoslawien sich verwahrte. Es ist der ganze Süden Deutschösterreichs, der um sein Schicksal heute bangt; aber aus der Entschiedenheit, mit der sich heute alle seine Redner gegen eine Fremdherrschaft aussprechen, gewinnen wir die Zuversicht und hoffentlich die Pariser Gewalthaber die Ueberzeugung, daß eine Lösung dieser Fragen gegen die Grundzüge der Gerechtigkeit keine Lösung wäre. Abg. Dr. Mayer erklärte auch, daß Tirol ohne seinen deutschen Süden, ein Tirol, das am Brenner den Usurpator Bogens und Merans stehen sähe, mit Notwendigkeit zum Anschlusse an Deutschland getrieben würde, da nur die Anlehnung an Bayern und Süddeutschland sein Dasein behaupten könnte; er wandte sich aber in bitteren Worten gegen die bisherige Anschließpolitik Dr. Bauers, die gerade für Deutschsüdtirol ein Verhängnis zu werden drohe. Auch Abg. Dr. Schumacher behaupte die „Politik der Ungebulb“, die bezüglich des künftigen Verhältnisses zu Deutschland in Wien gemacht werde und deren Ausfluß sich auch im Invalidengesetz findet. Dieses bestimmt nämlich, daß das Gesetz spätestens am 1. Juli in Kraft treten solle und seine Wirksamkeit verliere, „sobald und insoweit ein für Deutschösterreich geltendes Gesetz des Deutschen Reiches eine abweichende Regelung trifft“. Dies gab auch den neu in die Konstituante berufenen Südtiroler christlichsozialen Abgeordneten heute Gelegenheit und Anlaß, sich dem Vorbehalt der Nordtiroler, daß für die Entscheidung über das Schicksal Tirols einzig und allein der Landtag oder eine Volksabstimmung in Tirol zuständig sei und nicht die Konstituante, vollinhaltlich anzuschließen; namentlich richtet sich dieser Vorbehalt, wie Abg. Dr. Schumacher hervorhob, gegen die Wiener Anschließpolitik. Diese Erklärungen stellen neuerlich zusammen mit allen bisherigen wiederholten Kundgebungen und Feststellungen der Tiroler eine geschlossene Linie dar, über die auch Anschlusfanatismus aus Parteipolitik nicht leicht hinwegkommen wird. Die Stimme Tirols, die übrigens in den übrigen Ländern gleichfalls und nur in anderer Tonart zu vernehmen ist, ist klar und bestimmt und kann weder durch zänkische Pressepolemik noch durch amtliches Ignorieren um ihre Bedeutung und Wirkung gebracht werden; besser wäre schon eine vernünftige Auseinandersetzung, ehe es auch dort zu spät wird und die Gefahr unmittelbar droht, wie jeht schon in Vorarlberg.

Das Gesetz über die Invalidenversorgung, dessen Grundzüge in unserer Osternummer von Unterstaatssekretär Dr. Refsch ausführlich besprochen worden sind, trägt eine Dankeschuld des Staates an die Kriegsopfer ab, allerdings in Anbetracht der micklichen Finanzen unserer Republik, vorerst nur eine Abschlagszahlung, wie namentlich von christlichsozialer Seite gestern und heute betont wurde, die bei einer zu erhoffenden Besserung der Finanzlage sofort vervollständigt werden soll. In der Debatte sprach besonders wirkungsvoll der christlichsoziale Abg. Edlinger, selbst ein einarmiger Kriegsinvalider, der für die Invaliden auf dem Lande Fürsprache einlegte und die Heranziehung der Kriegsgewinner empfahl. Das Gesetz soll nach dem Versprechen der Regierung noch vor dem 1. Juli in Kraft treten; da aber die organisatorischen Arbeiten erst Mitte Juli fertig werden dürften, so soll für diese zwei Monate eine Million für Lebensmittelbeschaffung für Invaliden verwendet werden, um ihnen über diese Zeit hinwegzuhelfen.

Außerdem hat die Nationalversammlung heute auch den Jahrestag der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, den 12. November, und den 1. Mai, der aber auch nach sozialdemokratischer Erklärung nicht als Klassenfest gedacht ist, als gesetzliche Feiertage erklärt. — Die nächste Sitzung wird, wie bereits mitgeteilt, erst nach den Landtagswahlen, am 6. Mai, stattfinden; bis dahin sollen die Ausschüsse neues Material vorbereiten.

Wir berichten über den Verlauf der Sitzung:

Die Staatsregierung unterbreitet eine Gesetzbildung, betreffend die teilweise Abänderung des Dienstverhältnisses der Kanzleioffizianten, Kanzleioffiziantinnen, Kanzleihilfen und

Gehilfinnen, ständigen Aushilfsdiener und Landpostdiener (Landpostdienernovelle). Die Vorlage wird dem Ausschusse zugewiesen.

Zwei neue Feiertage: 1. Mai und 12. November.

Den Bericht des Verfassungsausschusses über die Erklärung des 12. November und 1. Mai als allgemeine Ruhe- und Feiertage erstattet die Abg. Adelheid Popy (Sozdem.), die betont, daß der 1. Mai nicht etwa deshalb zum Feiertage bestimmt werde, um einer Klasse der Bevölkerung einen billigen Triumph zu sichern, sondern weil er als Feiertag seit jeher den großen, erhabenen Gedanken des Weltfriedens und der allgemeinen Völkerverbrüderung verkörperte. („Die Sozialdemokratie ist der Friede.“ heißt es noch immer?) Schon heute sollen wir uns das erste Mal alle an diesem neuen Feiertage erfreuen. Ebenfalls soll mit der Proklamierung des 12. November, der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, zum Staatsfeiertag den Idealen weitester Kreise der Bevölkerung Ausdruck gegeben werden.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Sodann wird die Verhandlung über

das Invaliden- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz

fortgesetzt, indem zunächst Abg. Blal (Sozdem.) dieses Gesetz als eine sozial-Verpflichtung des Staates empfiehlt.

Generalredner Dr. Ursin. (Grd.) schildert als Arzt das Elend der Invaliden; bei der Hilfeleistung für diese dürfe es keine Parteipolitik geben, da müssen sich alle Parteien vereinigen. Es wäre traurig, wenn der Sozialpolitiker vom Finanzpolitiker geschlagen würde. Die meisten Invaliden sind Deutsche hauptsächlich Deutsche sind es, die im Kriege gelitten haben. Er polemisiert gegen das alte Österreich und gegen den Kaiser, der nichts (11) für die Invaliden getan habe und fordert Besserstellung der Invaliden in der Lebensmittelversorgung, Schaffung einer Zentrale für die Bestrebungen der Invaliden, Errichtung von Heilanstalten und Kriegerheimstätten, Arbeitsvermittlung, Beschaffung von Bekleidung und Werkzeugen, Beschaffung von Prothesen durch den Staat und Erhöhung der Spitalslöhne, der Invalidengebühren und -renten. Die Invaliden wollen nicht ein Bettelgeld, sondern Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters Wiboldt (Sozdem.) wird in die Spezialdebatte eingegangen.

Die Klage Deutschsüdtirols.

Bei den Paragraphen 1 und 2 (Anspruchsberechtigte Personen) gedenkt Abg. Dr. Schumacher (christlichsoz.) als Vertreter von Deutschsüdtirol, der heute mit blutendem Herzen diese Räume zum ersten Male betritt, vorerst seiner schönen, armen Heimat. Nach den Berichten der Blätter, sagt er, hat es den Anschein, als ob die Entscheidung in der Deutschsüdtirolerfrage bereits in Paris gefallen und dieses grunddeutsche Land, das Herz des Landes Tirol und die Perle deutscher Lande, endgültig Italien zugesprochen worden wäre. Diese Schatten senken sich nieder auf unser Land. Wir wissen nicht, ob wir nicht an der Zeitenwende Tirols angelangt sind, wo es heißt: „Tirol, du bist gewesen!“ Aber wir können es noch nicht glauben. Wir haben so große Hoffnungen auf das Gerechtigkeitsgefühl Wilsons gesetzt, da doch in dem neunten seiner Punkte das Recht auf Grenzbestimmungen nach klar erkennbaren nationalen Grenzlinien deutlich gewahrt worden war. Wir können es nicht glauben, daß er jetzt sich selbst widersprochen haben sollte. In letzter Stunde rufen wir daher noch einmal das Gerechtigkeitsgefühl des Präsidenten Wilson und die anderen in Paris vertretenen Staaten an für unser Heines, aber rechtshaffenes Volk. Wir rufen es in alle Welt hinaus: Wenn es noch eine Gerechtigkeit auf Erden gibt, so wachet dem Lande Tirol seinen Bestand, sein Recht und seine Freiheit! (Lebhafter Beifall.)

In Erörterung der in Verhandlung stehenden Paragraphen 1 und 2 des Gesetzes, bezeichnet es Redner als bedenklich, den Entschädigungsanspruch auch für jene zu statuieren, die im Frieden in militärische Handlungen verwickelt worden sind. Das vom Ausschusse in seiner letzten Beratung noch hinzugefügte Wortchen „Unerschuldet“ besage nach den Erfahrungen des Redners als Richter alles und nichts. Er stellt im Sinne seiner Ausführungen Abänderungsanträge zu den Paragraphen 1 und 2.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge Schumacher abgelehnt und die Paragraphen 1 und 2 in der vom Ausschusse beantragten Fassung angenommen.

In der Spezialdebatte über die Paragraphen 3 bis 8 beklagt Abg. Edlinger (christlichsoz.) die Zurücksetzung der Landlichen Invaliden gegenüber den städtischen in bezug auf die Rente. Er behält sich vor, bei der feinerzeitigen Revision des Gesetzes für die Ausgleichung dieser Unebenheiten einzutreten. Er spricht sich schließlich für die energische Heranziehung der Kriegsgewinner zur Deckung der Kosten der Invalidenfürsorge aus. (Beifall.)

Abg. Rittinger (Grd.) wünscht die gewerbliche Ausbildung der Invaliden.

Die Paragraphen 3 bis 8 werden unverändert angenommen.

Deutschsüdtirol ein Opfer der Anschließpolitik?

In der Spezialdebatte über die Paragraphen 9 bis 38 verweist Abg. Dr. Michael Mayer (christlichsoz.) auf die schweren Opfer, die Tirol sowohl in bezug auf physische Schädigung seiner Einwohner, als auch in bezug auf materielle Belastung während des Krieges brachte. Kein Land weiß so viel Tote, Vermisste, Gefangene, Witwen und Waisen auf, wie Tirol. Wenn die Postrennung Deutschsüdtirols, der Raub Italiens, der diesem kein Glück bringen wird, Tirol wirklich treffen sollte, wenn die Grundzüge Wilsons wirklich zuzufinden werden sollten und das Land Tirol zerrissen wird, so kann dies nicht von Dauer sein. Es wäre dies die Vernichtung des Landes, seiner stolzen Geschichte, eine Vergewaltigung ohne Gleichen; eine Mißachtung des schwerwiegenden Wortes Wilsons von den natürlichen Grenzen. Wir haben schon die deutschen Brüder südlich von Salurn preisgegeben, können aber den herrlichsten Fleck von Deutschsüdtirol nicht preisgeben. Unsere Landespolitik war bisher nur von dem Gedanken geleitet: Rettung Deutschsüdtirols! Es ist eine ehrliche deutsche Politik. Deutschsüdtirol schien uns stets wichtiger als der sofortige Anschluß an Deutschland, selbst die Aufopferung der Selbständigkeit wollten wir bringen im nationalen Interesse, Vorwürfe dagegen sind unberechtigt, wenn wir uns gegen den vorzeitigen Anschluß an Deutschland aus diesen Gründen gewehrt haben. Diese Politik wird auch im Deutschen Reich bestanden. Trifft uns aber das schwere Unglück, so sind wir trotzdem nicht bezagt. Unsere Geschichte — die Jahre 1703 und 1809 — beweist, daß eine ganze Welt von Feinden gegen uns nichts vermag. In wenigen Jahren kann eine andere politische Konstellation eintreten. Unser Land liegt im Zentrum Europas, alle Alpenpässe hat es in Händen. Aber auch außenpolitisch würde der neue Raub Italiens einen Dolch in das Herz der Schweiz bedeuten. Wenn das Rinschnau italienisch ist, ist auch der Tessin gefährdet. Die Methode unserer Verteidigung werden wir der Gegenwart anpassen, wir werden nicht nutzlose Aufstände machen, aber Hilfe und Bundesgenossen werden wir suchen und finden. Da denken wir in erster Linie an die tabferten Bayern und Süddeutschland, die für Tirol und Vorarlberg die erste Rettung bedeuten. Ich habe schon im No-